

# FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für  
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,  
Edisonstraße 5, 60388 Frankfurt/Main



Nr. 9  
Oktober 2020

**Belarus**

## Haft und Folter in Belarus Die Opfer der politischen Verfolgung brauchen Hilfe

Maria Kolesnikowa ist in ein Gefängnis in Schodsina nordöstlich von Minsk gebracht worden (Stand 13. September). Das Lukaschenka-Regime wollte die mutige 38-jährige Oppositionspolitikerin und Vertreterin des „Koordinierungsrates“ gewaltsam in die Ukraine abschieben. Das vereitelte sie, indem sie vor der Grenze ihren Pass zerriss. Jetzt wird ihr u.a. „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ gemäß Paragraph 361 Strafgesetzbuch vorgeworfen.



Weißrussische Studentinnen demonstrieren in Berlin  
Bildrechte: Michael Leh / IGFM

Die belarussische Menschenrechtsorganisation „Viasna“ („Frühling“), das Belarussische Helsinki-Komitee (BHC), das Belarussische Haus der Menschenrechte, der belarussische Journalistenverband, das belarussische PEN-Zentrum und weitere Organisationen erklärten gemeinsam: „Wir lehnen diese rechtliche Qualifizierung entschieden ab.“ Sie sei künstlich, voreingenommen und eindeutig politisch motiviert. Die Menschenrechtler erklärten: „Wir betrachten Maria Kolesnikowa, Maksim Znak und Illia Salei als politische Gefangene und bestehen auf ihrer sofortigen Freilassung.“

In einem Schreiben an den UN-Sonderberichterstatter über Folter erklärten ferner „Viasna“, BHC, die „Weltorganisation gegen Folter“ (OMCT) und die Internationale Föderation für Menschenrechte (FIDH): „Vom 9. bis 14. August begingen staatliche Agenten des belarussischen Innenministeriums zahlreiche Menschenrechtsverletzungen an Tausenden von Demonstranten, die auf die Straße gingen, um gegen die manipulierten Präsidentschaftswahlen zu demonstrieren (...) Über 6.000 Personen wurden verhaftet, bis zu 10 Tage lang in Isolationshaft gehalten

und mindestens 450 von ihnen von Vollzugsbeamten geschlagen,

gedemütigt und gefoltert (...) Das Strafverfolgungssystem war auf ein solch brutales Durchgreifen gegen die Bevölkerung vorbereitet und ausgebildet worden (...) Das gegenwärtige Niveau der Brutalität und das Ausmaß des Missbrauchs sind jedoch selbst für Belarus beispiellos.“ „Viasna“ und OMCT hätten umgehend Informationen über die Opfer von Folter und Misshandlung gesammelt. Für die Zeit vom 12. bis 20. August habe man Zeugenaussagen von mehr als 450 Opfern, die durch Fotos und Videos untermauert wurden. Mehr als hundert Opfer wurden bereits auf Video interviewt. Eine erste Analyse der Zeugenaussagen hat zuverlässig den systematischen Charakter von Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung in ganz Belarus aufgezeigt.

Im Schreiben an den UN-Sonderberichterstatter werden u.a. genannt ‚Frakturen, Blutergüsse verschiedener Größe an Oberschenkeln und Oberkörper, psychische Traumata‘, Schläge in Transportfahrzeugen und Haftanstalten:

„Bei diesen Schlägen wurden die Gefangenen gezwungen, eine bestimmte, meist demütigende Haltung

einzunehmen, Parolen zu rufen, Gebete zu lesen und die Nationalhymne zu singen (...) Einige Häftlinge waren gezwungen, mehrere Stunden lang eine unbewegliche, unbequeme Haltung einzunehmen, danach wurden die Gliedmaßen völlig taub; die Hände der Häftlinge wurden mit selbstverschließenden Plastik-Reißverschlüssen gefesselt, was besonderes Leid verursachte (...) Die inhaftierten Frauen behaupten, dass das Verhalten ihnen gegenüber extrem sexistisch und erniedrigend war. Es gibt

Zeugenberichte über Vergewaltigungen durch Beamte des Innenministeriums mit Gummiknüppeln, die sich sowohl an Männer als auch an Frauen richteten.“

Der Vorsitzende der deutschen IGFM-Sektion, Edgar Lamm, und der Vorsitzende der belarussischen Sektion, Prof. Ivan I. Kotlyar, haben die Gewalt der Sicherheitskräfte in Belarus verurteilt. IGFM-Vorstandmitglied Michael Leh hat auf einer Kundgebung von Belarussen in Berlin die Solidarität der IGFM mit der Demokratiebewegung unterstrichen und das herausragende Engagement belarussischer Frauen gewürdigt.

Weitere Aufklärungsarbeit über die Lage in Belarus ist nötig. Die Opfer der politischen Verfolgung brauchen Unterstützung. Um wirkungsvoll helfen zu können, wollen wir den Arbeitsbereich Belarus /Russland durch einen Teilzeit-Mitarbeiter verstärken. Dafür kalkulieren wir für die nächsten sechs Monate 15.000 € ein. Um unser Vorhaben schnell umsetzen und absichern zu können, bitten wir Sie um Ihre Mithilfe.

**Kennwort für Ihre Spende:  
Belarus (36)**

## Gennadij Schutow von Polizist erschossen IGFM klärt auf und hilft seiner Familie

Gennadij Schutow, 44 Jahre alt, war einer von Tausenden, die am 11. August 2020 in der weissrussischen Universitätsstadt Brest an der Grenze zu Polen gegen Lukaschenko demonstriert hatten. Nach Aussagen seiner Tochter Anastasia rief er abends an, dass er jetzt nachhause komme. Zwei Tage später berichtete eine Zeitung, dass der Vater von fünf Kindern von einem Polizisten erschossen worden sei. Laut Polizeibericht griffen Polizisten Gennadij Schutow auf. Dieser habe versucht, mit einem Metallrohr bewaffnet den Polizisten die Waffen abzunehmen. Ein Polizist habe sich bedroht gefühlt und auf seine Schulter gezielt, aber durch die Gegenwehr Schutows seinen Kopf getroffen. Eine Augenzeugin berichte-

ter Familien, die Hilfe brauchen, weil ihre Ernährer auf unbestimmte Zeit inhaftiert sind. Es sind kleine Beträge, 200 – 300 €, die als Überbrückung gedacht sind. Doch die Zahl der Hilfesuchenden wächst. Wir richten uns darauf ein, dass wir vielleicht mehrere Monate helfen müssen. Bitte helfen Sie mit.

*Belarus nicht mehr die Wahrheit“, so Anastasia.*

Die IGFM-Gruppe in Brest zieht die Aussagen der Polizisten in Zweifel, denn Schutow war nicht allein unterwegs. Mit ihm wurde sein Freund Aleksander Kordjukow verhaftet, der – wie die Sektion erklärt – „abgeschaltet“ worden sei. Aleksander Kordjukow sitzt seit über einem Monat im Gefängnis und wird dort nach Einschätzung der IGFM-Gruppe solange festgehalten, bis in einem Gerichtsverfahren Zeugen der Polizei für ihren Kameraden gesprochen haben und daraufhin voraussichtlich kein Strafverfahren wegen Mordes gegen ihn eingeleitet werde. Kordjukow erwarten nach Auskunft der IGFM-Sektion

**Kennwort für Ihre Spende:  
Belarus Familienhilfe (37)**

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,

die großen Demonstrationen in Weißrussland/Belarus und Hongkong erinnern an Prag 1968 und 1989 in Leipzig. Während das Streben nach Freiheit in Hongkong niedergeknüppelt wurde, hoffen wir in Belarus noch auf den Sieg der Freiheit über das brutale Regime Lukaschenkos. Die IGFM steht auf der Seite der Demonstranten, und sie unterstützt die Opfer.

Bildung ist Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Doch die in vielen Ländern weit verbreitete Armut begrenzt zwangsläufig auch die Bildungschancen der Kinder. Die IGFM fördert in mehreren Ländern wie z.B. in Pakistan, Ecuador, Guatemala oder auch in den Flüchtlingslagern des Irak in Zusammenarbeit mit örtlichen Partnern Schulprojekte. In dieser Ausgabe berichten wir über unsere Bildungsförderung in Rumänien, die wegen der corona-bedingten Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden Mittellosigkeit gerade jetzt an Bedeutung gewinnt.

Wir sind aktiv und mit Ihrer Hilfe bleiben wir es.

Das Redaktionsteam  
Karl Hafen und Michael Leh



Familie Schutow, in der Mitte hinten Gennadij Schutow - Bildrechte: Privat Schutow

te, dass sie drei Schüsse gehört habe und vom Balkon aus einen Mann in einer Blutlache liegend gesehen habe. Sie habe deutlich gesehen, dass er in den Hinterkopf geschossen worden sei und sich ein Mann in Zivil von ihm entfernte. Die Polizisten hätten nach einem Krankenwagen gerufen, doch dann seien Leute gekommen, um den am Boden liegenden Schutow zu filmen. Der Schütze habe daraufhin eine Pistole aus seinem Hemd gezogen und sie auf die Fotografen gerichtet, um sie zu vertreiben.

„Unsere Familie wandte sich an die Polizei, das Untersuchungskomitee und den Staatsanwalt - die letzte formelle Antwort der Strafverfolgungsbehörden besagt, dass es keinen Grund gibt, ein Strafverfahren wegen des Mordes einzuleiten. Angeblich habe sich ein Soldat aus Minsk dazu bekannt. Aber man sagt uns in

15 bis 25 Jahre Haft.

„Die willkürliche Inhaftierung der Demonstranten erfolgt gemäß einem Gesetz, das es den Weißrussen verbietet, ohne Erlaubnis der Behörden auf Plätze zu gehen und Versammlungen abzuhalten. Obwohl dieses Recht in der Verfassung verankert ist, ist seine Wahrnehmung in der Praxis nahezu unmöglich: Der Antrag auf eine Demonstration oder Kundgebung bei den Behörden ist mit der vorherigen Vorlage von Quittungen für diverse Dienstleistungen der Polizei, der Müllabfuhr oder für Krankenwagen verbunden. Dennoch werden 99% der Anträge abgelehnt.“, so ein Mitglied der Sektion in einem Telefonat mit der IGFM in Frankfurt.

Die IGFM hat der nun mittellosen Familie Schutow etwas Geld übergeben. Die Sektion hat Kontakt zu wei-

## Begabte Schüler, aber arm Sollen sie als Tagelöhner enden?

„Ich bin Glăvan Ionuț Leontin und ich bin an der Berufsschule „Anghel Saligny“ im Schwerpunkt Schweißtechnik. Der Laptop, den Sie mir gegeben haben, war für mich und meine Geschwister sehr hilfreich. Dass ich dieses Schuljahr gut abgeschlossen habe, ist nur Ihnen und Ihrem Gespräch zu verdanken, dass Sie mit meinen Eltern geführt haben. Die finanzielle Hilfe, die Sie meiner Familie gegeben haben, hat unserer Familie Auftrieb gegeben. Wir waren seit März [durch Corona] nicht mehr in der Schule, aber wir wurden online unterrichtet. Das Internet kostet uns 60 Lei pro Monat und das Abonnement für ein Smartphone ebenfalls 60 Lei. [Anm.: 1 Euro entspricht ca. 4,8 Lei]. Danke für Ihre Hilfe.“



Familie Glavan - Bildrechte IGFM

Die schulische Zukunft beginnt - oder endet allzu oft - in Rumänien bereits nach dem 8. Schuljahr! Mit Abschluss der 8. Klasse in der Einheitschule, die es in jeder Gemeinde in Rumänien gibt, endet die Schulpflicht. Wer weiter die Schule besuchen will, seien es drei Jahre für eine berufliche Ausbildung oder vier Jahre für eine Hochschulreife, muss sich auf den Weg in die weiterführenden Schulen in der nächsten Großstadt machen. Doch das muss man sich leisten können.

Da der rumänische Staat für den Schulbesuch keine oder so gut wie keine Buskosten übernimmt, zumindest nicht in der weitläufigen Region Braila, sind Fahrtkosten in Höhe von 50-65 Euro im Monat die Regel. Bei 17 Euro Kindergeld und dem Monatsverdienst eines Tagelöhners von 130-200 Euro auf dem Land endet für viele Kinder armer Eltern der Schulbesuch somit nach der 8. Klasse. Es folgt der Weg in eine Zukunft als Tagelöhner auf den Weiden und in den Ställen des Ortes.

In enger Kooperation mit Schulen, Sozialarbeitern und einer örtlichen

Stiftung bemühen sich IGFM-Mitglieder im Raum Fulda, diesen Kreislauf für begabte Kinder zu beenden. Gunter Goebel, Sprecher der Gruppe und selbst Gymnasiallehrer: „Es geht uns nicht um Spitzennoten, sondern soziale Belange und die Sehnsucht der jungen Menschen nach einem weiteren Schulbesuch stehen im Vordergrund. Jedem ‚Schulpatenkind‘ wird ein gespendetes (gebrauchtes) Notebook zur Verfügung gestellt, das gemeinsam mit einem Internetzugang den Jugendlichen einen Einstieg in die digitale Welt und eigene Recherchen und Referaten ermöglicht sowie den Kontakt zu Mitschülern, Lehrkräften und Institutionen sicherstellt.“

„Ich bin Glăvan Ionela, die Mutter der Kinder, denen Sie helfen. Ich danke auch für die Hilfe zum Unterhalt meiner Familie. Mit Ihrer Unterstützung kaufte ich Essen und Vorräte für die Kinder und bezahlte die Laptop-Abonnements für die Schule. Alle meine Kinder gingen zur Schule und schafften es, dieses Schuljahr zu beenden. Ich weiß nicht, wie es im Herbst sein wird, aber ich bin entschlossen, sie weiter zur Schule zu schicken. Mein Mann konnte in dieser Pandemie-Situation keine Arbeit finden. Wir kämpfen als Familie um's Überleben. Danke für all Ihre Hilfe.“

Das Beispiel der Familie Glavan zeigt eindrucksvoll, wie Zukunft auch für Kinder bedürftiger Familien gelin-

gen kann. Wenn es auch in diesem Jahr wegen Corona nicht zu einer persönlichen Begegnung der IGFM mit den Armen kommen wird, gelingt die gute Zusammenarbeit durch die durchgehende Betreuung der beiden Pastoren in Braila.

Seit Beginn der 90er Jahre kümmern sich die IGFM-Mitglieder im Raum Fulda um Benachteiligte in Rumänien. Bei ihrem Besuch in Braila im Herbst 2019 überzeugten sie die

Eltern von Ionuț Leontin, dem bereits von der Schule abgemeldeten Sohn den Besuch der Berufsschule zu ermöglichen. Im Gegenzug haben die Mitglieder die monatlichen Busfahrtkosten zur Schule für die drei ältesten Kinder, Ionuț Leontin und seine beiden Schwestern, übernommen, immerhin 150 Euro pro Monat. Für weitere fünf Schulpatenschaften der 9. bis 12. Klasse bringen die Mitglieder jährlich 2000 € auf. 50 Schüler werden jährlich zum Schulbeginn mit Lehrmitteln für insgesamt 2000 € unterstützt, weitere 15 Familien mit schulpflichtigen Kindern erhalten als Unterstützung 150 bis 300 € im Jahr. Gerne möchte die Gruppe auch Kindern in den Nachbarorten helfen, aber dazu braucht sie Hilfe.

**Kennwort für Ihre Spende:  
Rumänien (33)**

### Impressum

**Herausgeber:** Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)  
Edisonstraße 5 • D-60388 Frankfurt,  
Tel.: 069 - 420 108 0 • Fax: 069 - 420 108 33  
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de  
UstIDNr. DE 1142 35 684

**Redaktion:** Karl Hafen, Michael Leh  
**Erscheinungsweise:** monatlich  
**Druck:** johnen-druck, Bernkastel-Kues  
**Satz und Layout:** Pixelvektor Stefan Eschenbach

**Sektion Schweiz:**  
Geschäftsführer Hanspeter Hartmann  
Clavanuovweg 14 • CH - 7249 Serneus  
Telefon +41 44 586 45 45

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

## „Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!“ Die Lage in Hongkong hat sich dramatisch verschlechtert

Am 30.6. trat das „Sicherheitsgesetz“ für Hongkong in Kraft. Organe der Volksrepublik haben dort jetzt weitreichende Vollmachten. Behörden in Festlandchina können Untersuchungen gegen Verdächtige in Hongkong einleiten, ohne die dortige Justiz einzuschalten. Chinas Oberstes Gericht kann Fälle Staatsanwaltschaften und Gerichten in Festlandchina zuweisen. Verdächtige können ausgeliefert werden. Das Gesetz hat bereits zu gravierenden Folgen geführt: Parteien der Demokratiebewegung wie „Demosisto“ lösten sich selbst auf. Im September wurden u.a. die Abgeordneten der Demokratischen Partei, Lam Cheuk-ting und Ted Hui, verhaftet. Auf Kaution sind sie derzeit frei. Der frühere Abgeordnete Nathan Law ging ins Exil. Am 1.9. sprach er auf einer Kundgebung vor dem Auswärtigen Amt in Berlin anlässlich des Besuchs des chinesischen Außenministers Wang Yi.



Hongkong-Abgeordneter Nathan Law bei Kundgebung vor dem Auswärtigen Amt in Berlin - Bildrechte Michael Leh / IGFM

Die Pressefreiheit wird weiter eingeschränkt. Der chinakritische Medienunternehmer Jimmy Lai, Herausgeber von „Apple Daily“, wurde verhaftet. Auch er ist auf Kaution derzeit wieder auf freiem Fuß. Wie „Apple Daily“ am 16.9. meldete, floh auch Sunny Cheung, ein weiterer prominenter Demokratie-Aktivist. Trotz der Einschränkungen durch das Gesetz hatten tausende Bürger mutig weiter demonstriert. Es folgten Massenverhaftungen. In der „Hong Kong Free Press“ erschien ein Artikel mit der Überschrift: „Was wird Hongkong nach über 10.000 Verhaftungen mit all seinen Dissidenten machen?“ Im September sollten Wahlen stattfinden, doch sie wurden unter dem Vorwand der Corona-Bekämpfung abgesagt. Das „Sicherheitsgesetz“ steht in Schulen auf dem Lehrplan. Schulbücher mit chinakritischen Passagen werden aussortiert. Es wird Propaganda gegen Gewaltenteilung gemacht.

Am 23.8. wollten 12 Aktivisten mit einem Schnellboot nach Taiwan

flüchten. Die chinesische Küstenwache stoppte sie. Wie „Apple Daily“ am 16.9. meldete, würden alle jetzt „ohne Kontakt zur Außenwelt in einem Gefangenenlager in Shenzhen festgehalten“. Allein schon wegen des Vorwurfs des illegalen Grenzübertretts droht ihnen bis zu einem Jahr Haft. Eine Sprecherin des Außenministeriums in Peking nannte sie „Separatisten“.

Auch Hongkonger in Deutschland haben Angst, wegen Kritik an China

IGFM-Vorstandsmitglied Michael Leh sprach am 15.8. vor Hongkongern auf dem Alexanderplatz in Berlin, gemeinsam mit u.a. Taiwan-„Repräsentant“ (de facto Botschafter) Jhy-Wey Shieh. Bei der Kundgebung vor dem Kanzleramt am 14.9. anlässlich des EU-China-Gipfels verdeutlichte Leh auch die zunehmende militärische Bedrohung Taiwans durch die VR China. Leh forderte die Bundesregierung auf, dazu nicht weiter zu schweigen. „Die Gewaltandrohungen Chinas gegen Taiwan sind völkerrechtswidrig“, betonte er. Selbst wenn man Taiwan nicht als eigenen Staat diplomatisch anerkenne, sei es mindestens ein sog. stabilisiertes „de-facto-Regime“. Auch für solche gelte das völkerrechtliche Gewaltverbot.

„Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!“, rief Berlins Bürgermeister Ernst Reuter 1948 in seiner Rede bei der Blockade durch die Sowjets. Jetzt sind wir aufgerufen, auf Hongkong zu schauen. Die IGFM schaut genau hin und ist dabei u.a. mit Hongkonger Bürgerrechtlern im Gespräch. Bitte helfen Sie uns mit Ihrer Spende, damit wir weiter auf das Schicksal der Stadt hinweisen, für Bürgerrechtler eintreten und auch praktische Hilfe leisten können.

### Kennwort für Ihre Spende: Hongkong (26)

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:

IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00  
Swift-BIC: BFSWDE33MNZ  
Bank für Sozialwirtschaft



Die Finanzen der IGFM wurden im Februar von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir Ihnen auf Anfrage gerne zur Verfügung.

und dem Sicherheitsgesetz bei Rückkehr belangt zu werden. Sie fürchten, Verwandte und Freunde könnten unter Druck gesetzt werden. Bei Demos in Deutschland verhüllen manche ihr Gesicht. Das Auswärtige Amt schreibt über das Sicherheitsgesetz, es sehe „für neue und nicht klar definierte Tatbestände der Sezession, Subversion, Terrorismus sowie Zusammenarbeit mit ausländischen Staaten Strafanrohungen bis zu lebenslanger Haft“ vor. Und warnt: „Gleichzeitig werden auch Handlungen, die außerhalb des Territoriums von Hongkong von Ausländern begangen werden, in den Anwendungsbereich des Gesetzes einbezogen. Es kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass deutsche Staatsbürgerinnen oder Staatsbürger in Hongkong von Maßnahmen aufgrund des neuen Gesetzes betroffen werden. (...) Seien Sie besonders vorsichtig und seien Sie sich bewusst, dass politische Äußerungen, auch in den Sozialen Medien, als relevant betrachtet werden können.“